

Schriften des Landtages Brandenburg Heft 2/2010

# Festakt 20 Jahre Landtag Brandenburg

Nikolaisaal Potsdam, 26. Oktober 2010



L A N D T A G  
B R A N D E N B U R G



# Inhalt

**05**

**Dr. Markus  
Dröge**

Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

**13**

**Gunter  
Fritsch**

Präsident des Landtages Brandenburg

**19**

**Dr. Herbert  
Knoblich**

Präsident des Landtages Brandenburg a. D.

**23**

**Matthias  
Platzeck**

Ministerpräsident des Landes Brandenburg

**27**

**Dr. Hans Otto  
Bräutigam**

Minister der Justiz und für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg a. D.

Ökumenischer Festgottesdienst, St. Nikolai-Kirche Potsdam, 26. Oktober 2010



# Ablauf

Ökumenischer Festgottesdienst

## **Orgelvorspiel**

### **Eröffnung**

Einzug:  
Pfarrerin Susanne Weichenhan  
Erzbischof Georg Kardinal Sterzinsky  
Bischof Dr. Markus Dröge

Lied: „Lobet den Herren“

Psalm 104

### **Anrufung**

Lied: „Ich lobe meinen Gott“

### **Verkündigung**

Lesung von Johannes 15,9-12

Credolied: „Wir glauben Gott im höchsten Thron“

Predigt zu Epheser 6,10-17

Lied „Nun danket alle Gott“

### **Fürbitte, Sendung und Segen**

Lied „Verleih uns Frieden“

### **Auszug**

### **Kirchenmusik:**

Kantor Björn O. Wiede

### **Kollekte:**

Die Kollekte ist für die Arbeit der Notfallseelsorge in Brandenburg bestimmt.



# Dr. Markus Dröge

Bischof der Evangelischen Kirche  
Berlin-Brandenburg-schlesische  
Oberlausitz

**D**ie Gnade unseres Herrn Jesus Christus und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit Euch allen.  
Amen

I.  
*Seid stark in dem Herrn und in der Macht seiner Stärke. Zieht an die Waffenrüstung Gottes, damit ihr bestehen könnt gegen die listigen Anschläge des Teufels. Denn wir haben nicht mit Fleisch und Blut zu kämpfen, sondern mit Mächtigen und Gewaltigen, nämlich mit den Herren der Welt, die in dieser Finsternis herrschen, mit den bösen Geistern unter dem Himmel. Deshalb ergreift die Waffenrüstung Gottes, damit ihr an dem bösen Tag Widerstand leisten und alles überwinden und das Feld behalten könnt. So steht nun fest, umgürtet an euren Lenden mit Wahrheit und angetan mit dem Panzer der Gerechtigkeit und an den Beinen gestiefelt, bereit einzutreten für das Evangelium des Friedens. Vor allen Dingen aber ergreift den Schild des Glaubens, mit dem ihr auslöschen könnt alle feurigen Pfeile des Bösen, und nehmt den Helm des Heils und das Schwert des Geistes, welches ist das Wort Gottes.*



Dr. Markus Dröge

Ja, es gab sie. Sie lebten in Peking, in Moskau, in Ungarn, in Prag oder Danzig. Sie wohnten in Leipzig und Jena, in Berlin und Dresden. Manche saßen im Gefängnis. Sie träumten von einem anderen Leben und sehnten einen Neuanfang herbei. Dieser Traum einte sie. Und ohne sich darüber abzustimmen, vertrauten sie gemeinsam auf die Kraft des aufrichtigen Wortes.

Nicht mit Gewalt, sondern mit der Autorität des klugen Arguments setzten sie sich für einen Neubeginn ein.

*So steht nun fest, umgürtet an euren Lenden mit Wahrheit und angetan mit dem Panzer der Gerechtigkeit und an den Beinen gestiefelt, bereit einzutreten für das Evangelium des Friedens.*

Sie waren bei weitem nicht alle Christen, aber sie waren fest verankert im Geist der Bergpredigt Jesu, beeindruckt von der Bürgerrechtsbewegung Martin Luther Kings und orientiert an Mahatma Gandhis gewaltfreiem Widerstand.

*„Ohne sich darüber ab-  
zustimmen, vertrauten  
sie gemeinsam auf die  
Kraft des aufrichtigen  
Wortes.“*

Ihrem Einsatz, ihrer Unnachgiebigkeit und vor allem ihren großen Träumen verdanken wir das Privileg, heute in Dankbarkeit vor Gott und den Menschen auf zwei Jahrzehnte einer bemerkenswerten Entwicklung im Land Brandenburg zurückblicken zu können.

Ohne den Mut etwa einer Bärbel Bohley, die von der Staatssicherheit festgenommen und in den Westen abgeschoben wurde und sechs Monate später freiwillig in die DDR zurückkehrte, würden wir heute keinen 20. Geburtstag feiern.

## II.

*„Wir, die Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg, haben uns in freier Entscheidung diese Verfassung gegeben, im Geiste der Traditionen von Recht, Toleranz und Solidarität in der Mark Brandenburg, gründend auf die friedlichen Veränderungen im Herbst 1989, von dem Willen beseelt, die Würde und Freiheit des Menschen zu sichern, das Gemeinschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu ordnen, das Wohl aller zu fördern, Natur und Umwelt zu bewahren und zu schützen, und entschlossen, das Bundesland Brandenburg als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutsch-*

*land in einem sich einigenden Europa und in der einen Welt zu gestalten.“ (Präambel der Verfassung des Landes Brandenburg)*

Im Juni 1992 entschieden sich die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs in einer Volksabstimmung eindeutig für den vorgelegten Entwurf einer neuen Landesverfassung. Im August 1992 trat dieses starke Stück Brandenburg in Kraft und besaß damit eine eigenständige freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Die Aufgaben, die vor den Brandenburgern lagen, waren gewaltig. Aber sie wurden angepackt. Der kurze Blick zurück lehrt allerdings sofort, wie schwer das Unternehmen werden würde:

Die verbrecherische Politik der Nationalsozialisten und das SED-Unrechtsregime hatten das Leben der Menschen über einen Zeitraum von sechs Jahrzehnten geprägt. Unter Kontrolle der Sowjetischen Besatzungsmacht wurde ab dem Herbst 1945 eine entschädigungslose Bodenreform durchgeführt, die die Besitzverhältnisse auf dem Lande radikal veränderte. Bis 1960 entstanden mit den Mitteln der Zwangskollektivierung die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Unter diesen Bedingungen setzte eine Fluchtbewegung unter den Brandenburgerinnen und Brandenburgern ins westliche Deutschland ein, die die Region in massiver Weise schwächte.

Der Bau der Mauer am 13. August 1961 unterbrach die gewachsenen Bindungen zum westlichen Teil Berlins.

Die Unterdrückung aller gesellschaftlichen Aufbrüche in den Jahren



1953, 1956, 1968 sowie in den achtziger Jahren schuf ein Klima der Angst, der Verzweiflung und der Perspektivlosigkeit. Personifiziert wurde die Zukunftslosigkeit des SED-Regimes durch die grau gekleideten Herren des Politbüros. Erst mit der Einführung der Prinzipien von Glasnost und Perestroika durch Gorbatschow entstand neue Hoffnung in einem kurz vor dem Staatsbankrott stehenden Staat.

### III.

Wer heute wie einst Theodor Fontane zu einer Wanderung durch die Mark Brandenburg aufbricht, wird schnell erkennen, welche tiefgreifenden Veränderungen sich in 20 Jahren vollzogen haben. Den Brandenburgern ist es mit viel Kraft, Engagement und Arbeit gelungen, ein eigenes Staatswesen aufzubauen. Die finanzielle und die personelle Unterstützung durch die alten Bundesländer war dabei sehr hilfreich.

In der Region ist inzwischen eine eigene Identität entstanden und in vielen Fällen ist Beheimatung gelungen. Demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen, Vereine, Initiativen und Verbände, Kirchen und ehrenamtlich Engagierte haben ihren Anteil an dieser Erfolgsgeschichte.

Eine Wanderung durch die Mark würde zugleich verdeutlichen, was noch nicht zufrieden stellen kann: Fehlende Arbeitsplätze, Finanznöte der Gebietskörperschaften, überalterte Lehrerzimmer, die Abwanderung von jungen Menschen und die ungleichen Entwicklungen in den Teilräumen belasten das Land. Die Wirtschafts- und Finanzkrise

*„In der Region ist inzwischen eine eigene Identität entstanden und in vielen Fällen ist Beheimatung gelungen.“*

hat manche Probleme weiter verschärft und einige positive Entwicklungen der letzten Jahre vorerst abgebrochen. Brandenburg muss dabei seinen spezifischen Weg finden und sich aus eigener Kraft weiter erneuern.

Ich habe keine Zweifel daran, dass dies den Menschen in Brandenburg gelingen wird. Meine Empfehlung für die nächste Wegstrecke lautet schlicht: Vergesst mir den Epheserbrief nicht und vertraut auf die Kraft des aufrichtigen Wortes.

### IV.

Der Epheserbrief sieht den Apostel Paulus im Gewahrsam des römischen Imperiums. Paulus liegt in Ketten gefangen. Seine Bewacher verfolgen ihn anscheinend bis in seine Träume und bis in die Argumentation seiner Briefe hinein. Paulus schreibt den Christen genau die gleiche Ausrüstung zu wie den Soldaten; er will sie mit Gürtel, Panzer, Sandalen, Schild, Helm und Schwert bewaffnet sehen.

Ein ohnmächtig Angeklagter träumt von einer militärischen Ausrüstung der Christen! Doch schon bevor die Epheser gegen den vermeintlichen Militarismus des Paulus protestieren können, korri-

giert der Apostel den falschen Eindruck in bemerkenswerter Weise. Paulus verwandelt die militärische Ausrüstung und verbindet sie mit Wahrheit, Gerechtigkeit, Friede, Glaube, Heil, Geist und Gottes lebendigem Wort.

*So steht nun fest, umgürtet an euren Lenden mit Wahrheit und angetan mit dem Panzer der Gerechtigkeit und an den Beinen gestiefelt, bereit einzutreten für das Evangelium des Friedens. Vor allen Dingen aber ergreift den Schild des Glaubens, mit dem ihr auslöschen könnt alle feurigen Pfeile des Bösen, und nehmt den Helm des Heils und das Schwert des Geistes, welches ist das Wort Gottes.*

Vertraut weiter auf die Kraft des aufrichtigen Wortes!

Und der Frieden Gottes, der höher ist als alle Vernunft, der bewahre unsere Herzen und Sinne in Christus Jesus.

Amen.



Blick in den Potsdamer Nikolaisaal, 26. Oktober 2010



# Programm

Festakt 20 Jahre Landtag Brandenburg

- Musik: **Polizeiorchester des Landes Brandenburg**  
James Barnes: Appalachian Overture
- Begrüßung: **Gunter Fritsch**  
Präsident des Landtages Brandenburg
- Historischer Filmbeitrag
- Dr. Herbert Knoblich**  
Präsident des Landtages Brandenburg a. D. (1990 bis 2004)
- Historischer Filmbeitrag
- Matthias Platzeck**  
Ministerpräsident des Landes Brandenburg
- Musik: **Polizeiorchester des Landes Brandenburg**  
Dmitri Schostakowitsch: Walzer Nr. 2 aus der Jazz Suite Nr. 2
- Festvortrag: **Dr. Hans Otto Bräutigam**  
Minister der Justiz und für Bundes- und Europaangelegenheiten  
des Landes Brandenburg a. D. (1990 bis 1999)
- Filmbeitrag
- Polizeiorchester des Landes Brandenburg**  
Nationalhymne



# Gunter Fritsch

Präsident des Landtages  
Brandenburg



Gunter Fritsch

**M**eine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste hier im Nikolaisaal und liebe Zuschauer des RBB an den Bildschirmen, die diese Live-Übertragung heute mit genießen können, ich begrüße Sie ganz herzlich zum 20. Geburtstag des Landtages Brandenburg!

Aufgrund der Größe des Saales war es uns möglich, eine breite Palette von Gästen einzuladen. Ich bin also in der erfreulichen Situation, zuallererst die Mitglieder des Landtages von der 1. Wahlperiode bis zur heutigen hier zu begrüßen und die Kabinettsmitglieder der letzten 20 Jahre; ein besonders herzliches Willkommen: Lieber Dr. Manfred Stolpe und lieber Dr. Herbert Knoblich – wir werden von Dir noch hören.

Vier Abgeordnete sind unter uns, die es die ganzen 20 Jahre ununterbrochen im Landtag ausgehalten haben, auch ihnen sei ein besonders herzlicher Gruß zugesprochen.

Ich begrüße die Mitglieder des Bundestages und des Europa-Parlaments unserer Region, unsere Gäste aus Berlin mit Frau Justizsenatorin Gisela von der Aue für den Regierenden Bürgermeister an der Spitze, den Vizepräsidenten

des sächsischen Landtages Herrn Wehner und die Kulturministerin des Landes Niedersachsen Frau Prof. Dr. Johanna Wanka!

Meine Damen und Herren, Sie sehen an diesen Beispielen, es sind Gäste dabei, die in verschiedenen Funktionen oder Ländern in den letzten 20 Jahren tätig waren. Das macht die Geschichte ja auch so spannend.

Ich begrüße die zahlreich erschienenen Vertreter der Justiz, an der Spitze den Präsidenten des Verfassungsgerichtes Herrn Postier sowie seine Vorgänger. Auch begrüße ich den Präsidenten des Oberlandesgerichts Herrn Farke und seine Kollegen.

Ich begrüße die ehemaligen und heutigen Landräte und Oberbürgermeister, die Vorsitzenden der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen, die Vertreter der Kirchen, insbesondere Herrn Bischof Dröge, der uns eben mit dem Kardinal gemeinsam ein Einstimmungsgottesdienst für diesen Nachmittag bereitet hat – herzlichen Dank dafür.

Ich heiße willkommen alle Träger des Verdienstordens des Landes Brandenburg sowie alle Vertreter aus Wirtschaft, Medien, Kunst, Kultur und Sport, die uns helfen, unser schönes Bundesland in der Welt bekannt zu machen. Hier einzelne Namen zu nennen, würde mit Sicherheit zu Ungerechtigkeiten führen und deshalb verzichte ich darauf.

Ein Gruß auch den Aufbauhelfern der ersten Stunde, soweit wir sie ausfindig machen konnten, einige davon sind ja im Lande geblieben und bereichern uns nach wie vor.

Ausdrücklich begrüße ich heute auch, und das ist wohl nicht bei vielen Veranstaltungen der Fall, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, auch die bereits ausgeschiedenen. Sie haben mehr oder weniger im Hintergrund stehend dafür gesorgt, dass die Arbeitsabläufe reibungslos vonstatten gehen können und haben sich die heutige Einladung verdient.

Stellvertretend für die junge Generation begrüße ich ich Schülerinnen und Schüler des Christa-und-Peter-Scherpf-Gymnasiums in Prenzlau und der Gesamtschule 3 Eisenhüttenstadt, die im Schülerwettbewerb zum Thema „20 Jahre friedliche Revolution“ jeweils einen ersten Preis erzielt haben und die stellvertretend für die Generationen nach uns sich langsam aufs Regieren vorbereiten muss!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, genau heute vor 20 Jahren hat sich der erste Landtag in Brandenburg konstituiert. Das wollen wir in angemessener Weise würdigen und feiern, denn

das ist die gute Nachricht. Dennoch, wir alle sind 20 Jahre älter geworden, wobei es bei dem einen oder anderen mehr oder weniger auffällt. Je nach Ausgangsalter und Lebenssituation hat jeder von uns diesen Zeitabschnitt unterschiedlich erlebt. Aber eines haben wir hier im Saal alle gemeinsam: Alle haben etwas mit der Geschichte des Landtages Brandenburg zu tun, und sie haben sich verdient gemacht um den Aufbau des Landes. Sie alle haben zu den positiven Ergebnissen unserer Arbeit beigetragen. Es waren die Abgeordneten der 1. Wahlperiode, die den Grundstein für unsere weitere Arbeit gelegt haben.

*„...und sie haben sich verdient gemacht um den Aufbau des Landes.“*

Begeistert gingen sie 1990 ans Werk, nachdem die Brandenburger Bürger bei einer Wahlbeteiligung von 67,1 % am 14. Oktober 1990 erstmals nach fast 44 Jahren wieder frei einen Landtag wählen durften und den Abgeordneten ihr Vertrauen gegeben hatten. Vielen Dank allen Abgeordneten, die dabei waren und die die Aufbauarbeit der ersten Jahre geleistet haben. Immerhin haben sie 267 Gesetzentwürfe verabschiedet und unsere Landesverfassung erkämpft. Eine Landesverfassung, die auch heute noch als die modernste in der Bundesrepublik gilt und mit der wir heute noch immer gut gerüstet sind.



Nach heftigen Diskussionen ist diese Landesverfassung im Landtag am 14. April 1992 verabschiedet und vom Brandenburger Volk am 14. Juni 1992 durch Volksentscheid mit 94 % Zustimmung angenommen worden. Und immerhin: In einer aktuellen Befragung der heute im Landtag vertretenen Fraktionen, was ihnen das Wichtigste in den vergangenen 20 Jahren war, haben alle fünf Fraktionen an erster Stelle diese Landesverfassung genannt.

Ein anderes Thema in den vergangenen Jahren war das Thema Länderfusion. Nach der Zustimmung beider Parlamente am 22. Juni 1995 zum Neugliederungsstaatsvertrag verweigerten die Brandenburger in der ein Jahr später durchgeführten Volksabstimmung der Fusion ihre Zustimmung. Ich bedauere das, denn ich bin der Überzeugung, Berlin und Brandenburg sind eine historische Region, eine Kulturregion, ein Wirtschaftsraum und sollten auch ein Rechtsraum sein. Schließlich profitiert Brandenburg nicht unerheblich von der großen kreisfreien Stadt in seiner Mitte. Wenn wir heute bei einer Arbeitslosenquote von 10 % liegen, dann haben wir das sicher auch Berliner Unternehmen, die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, zu verdanken. Manfred Stolpe träumte von dieser Zahl schon vor einigen Jahren, heute bekommt er damit Recht – herzlichen Glückwunsch, lieber Manfred. Wir stellen also fest, mit der Liebeshochzeit hat es nicht geklappt, aber aufgrund vieler Staatsverträge und Verwaltungsvereinbarungen funktioniert die „wilde Ehe“ immer besser.

Meine Damen und Herren, Schwer-

punkt war im Landtag, und das wird es auch in den nächsten Jahren bleiben, immer wieder das Thema Haushaltskonsolidierung und das konsequente Umsteuern in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Der damalige Finanzminister Klaus-Dieter Kühbacher beschreibt in dem kürzlich herausgegebenen Buch „Neuanfang in Brandenburg“ von Astrid Lorenz und Andrea von Gersdorff das Ringen der Ressorts um Haushaltsmittel in den ersten Jahren und das hartnäckige Vorgehen seiner Kollegin Dr. Regine Hildebrandt folgendermaßen: „Bei ihren Reisen durchs Land hat sie viele Zusagen zum Um- und Neubau von Krankenhäusern gegeben. Ich habe ihren Forderungen nicht immer nachgegeben.“

So war die typische Situation zwischen Finanzministerium und den Ressorts und so wird sie wohl auch noch eine Weile bleiben. Auch wenn der heutige Finanzminister, Gott sei Dank, die Haushaltssperre wieder aufheben konnte, bleibt das Thema Haushaltskonsolidierung mit Blick auf den auslaufenden Solidarpakt akut. Wir werden bis 2019 eine finanzielle Ausstattung haben, die dem Normalmaß vergleichbarer Flächenländer der alten Bundesrepublik entspricht.

Meine Damen und Herren, ein erfreuliches Thema, auf das ich auch gerne zurückblicke, ist die Zusammensetzung des jetzigen Landtags. In dieser 5. Wahlperiode schaffte es die rechts-extreme DVU nicht noch einmal in den Landtag und blieb mit 1,20 % weit unter der 5 %-Hürde; sie hatte 2004 noch 6,08 % erreicht. Und diesmal haben es

alle drei rechtsextremen Parteien zusammen nur auf 3,9 % gebracht. Und das ist ein Verdienst, nicht nur der Politik, die hier sicher auch immer Vorbilder abgegeben hat, das ist ein Verdienst der Brandenburger. Das „Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg“ und die Arbeit des landesweiten Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus hat sich bewährt und hat Nachahmer im Land gefunden. Insbesondere zur Zeit der letzten Kommunalwahl habe ich in vielen Orten lokale Aktionsbündnisse angetroffen, die in Vorbereitung auf ihre Kommunalwahl sagten: „Wir wollen die Rechtsextremen nicht in unserer Gemeindevertretung, nicht in unserer Stadtverordnetenversammlung haben“ und Demokratietage überall im Land veranstalteten.

Mit dem Einzug der Fraktionen der FDP und der Fraktion GRÜNE/BÜNDNIS 90 haben wir wieder eine ähnliche Konstellation wie in der 1. Wahlperiode. Der Landtag ist wieder bunter, die Debatten sind intensiver, aber auch streitbarer geworden. Nichtsdestotrotz findet man auch zu Gemeinsamkeiten, auch in diesem Landtag. Die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Frau Poppe, und die Kommission zur Überprüfung der Abgeordneten nach §33 des Abgeordnetengesetzes sind gleich zu Beginn dieser Wahlperiode von allen Fraktionen einstimmig gewählt worden. Auch das ist also möglich.

Auch waren sich alle Fraktionen einig, dass die Ausschüsse künftig öffentlich tagen sollten. Öffentliche Sitzungen sind in der Tat etwas Neues für

*„Der Landtag ist wieder bunter, die Debatten sind intensiver, aber auch streitbarer geworden.“*

unseren Landtag. Wir haben zwar die damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben weitgehend bewältigen können; dennoch muss ich feststellen, das Landtagsgebäude bietet dafür nicht die optimalen Voraussetzungen. Wir haben zu wenig Räume und Plätze, um größere Publikumsströme zu bewältigen. Aber das neue Landtagsgebäude, über das wir auch schon fast 20 Jahre sprechen, ist endlich in deutliche Nähe gerückt. Und ich freue mich schon auf die Grundsteinlegung Anfang des kommenden Jahres und den Einzug des Parlaments im Jahr 2013. Wir haben gestern die Info-Box eröffnet, und ich hoffe, damit haben wir auch einen wichtigen Beitrag geleistet, dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit zum Fortgang des Baues etwas mehr Rechnung zu tragen.

Meine Damen und Herren, in den 20 Jahren der wiedergewonnen Eigenständigkeit haben wir viel auf den Weg gebracht; wir haben eine solide Grundlage für die künftige Arbeit im Land gelegt und können uns in der Reihe der deutschen Bundesländer selbstbewusst sehen lassen! Dabei hat sich der Brandenburger Landtag als Ort der politischen Auseinandersetzung bewährt.

Die Debattenkultur wechselte in den 20 Jahren je nach politischer Konstellation. Die Debatten sind jetzt lebhafter als zuvor, aber nicht so hitzig und euphorisch wie in den Anfangsjahren. Die Aufbruchstimmung ist ein wenig verfliegen und das Alltagsgeschäft dominiert. Aber ich sehe bei allen Fraktionen eine große Freude an der parlamentarischen Arbeit und einen großen Gestaltungswillen.

In den 20 Jahren Landtag wurden zwölf Untersuchungsausschüsse, ein Sonderausschuss und zwei Enquete-Kommissionen eingesetzt. Es gab neun Sondersitzungen des Landtages, und was ein gutes Zeichen für die Disziplin der Abgeordneten ist: In den ganzen 20 Jahren musste es nur neun Ordnungsrufe des jeweiligen Präsidenten geben.

Eines hat uns auch nach 20 Jahren aber wieder beschäftigt: die Stasidebatte. Bereits im Ergebnis des damaligen Untersuchungsausschusses von 1991 wurde vom Landtag ein Entschließungsantrag „Mit menschlichem Maß die Vergangenheit bewerten“ angenommen. Heute hat man manchmal den Eindruck, dass einige Abgeordnete vergessen haben, dass fast alle Punkte dieses Antrages damals einstimmig beschlossen wurden.

Bereits Ende der 4. Wahlperiode wurde das Gesetz über einen Beauftragten des Landes zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur verabschiedet, und zu Beginn der 5. Wahlperiode wurde mit Änderung des Abgeordnetengesetzes die erneute „Stasi-Überprüfung“ in allen Fraktionen beschlossen.

Inzwischen haben wir auch eine Enquete-Kommission eingesetzt, die den Übergang und die Aufarbeitung der Geschichte zur Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und den Übergang in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg untersuchen und dokumentieren soll.

Bereits am 13. Oktober 2004 hatte Jörg Schönbohm als Alterspräsident im Landtag gesagt, und ich zitiere: „Brandenburg wird eine gute Zukunft haben, wenn alle, wenn wir gemeinsam unsere Pflicht tun. Wir haben hart zu arbeiten. Dafür hat uns der Souverän das Mandat erteilt, ein Mandat auf Zeit. Wir sind nicht die Herren, wir sind Diener, Diener einer Sache, die uns zum Nutzen aller Menschen unseres Landes anvertraut worden ist. Dieses Vertrauen müssen wir rechtfertigen. Das ist insbesondere wichtig, weil in unserem Land die Demokratie noch verhältnismäßig jung ist.“ Ich glaube, dieser Aussage ist noch heute zuzustimmen.

Ganz herzlich danken möchte ich zum Schluss meiner Rede der Intendantin des RBB Frau Reim – ein Erfolg der letzten 20 Jahre ist auch die Zusammenlegung der beiden Sender von Berlin und Brandenburg. Vielen Dank dafür, dass der RBB seine Archive für uns geöffnet hat und die Veranstaltung heute mit passenden Filmen bereichert werden kann. Wir werden gleich einen davon sehen. Ich danke auch dem Polizeiorchester für die musikalische Begleitung am heutigen Tage.

Ich wünsche Ihnen viele Erinnerungen und Freude, wenn Sie am Ausgang nachher eine Erinnerungsgabe über die

Geschichte des Landtages in Empfang nehmen können.

Für den heutigen Nachmittag wünsche ich uns viele gemeinsame Erinnerungen; der Auftakt war ja schon wie ein großes Klassentreffen. Wir werden nachher im Landtag weiter Gelegenheit haben, Erinnerungen und Erfahrungen auszutauschen und vor allem: Schmieden Sie weiter fleißig Pläne für die nächsten 20 Jahre Land Brandenburg. – Danke.

# Dr. Herbert Knoblich

Präsident des Landtages Brandenburg a.D. (1990 bis 2004)

**M**eine Damen und Herren, verehrte Gäste, liebe Freunde,

in dem eben gesehenen Filmdokument begegneten wir Menschen, die neben anderen vor der Aufgabe standen, für ein erfolgloses, vor allem aber hoffnungsloses und heruntergewirtschaftetes System eine Alternative zu schaffen. Hierzu war unverzügliche politische Umstrukturierung jeder Ebene des Landes notwendig. Wer eignete sich dafür und stand zudem für diese Aufgabe zur Verfügung? Im neu gewählten Brandenburger Landtag besetzten z. B. in der SPD-Fraktion Abgeordnete aus den Bereichen Naturwissenschaft und Technik, Theologie und Veterinärmedizin knapp die Hälfte der gewonnenen 36 Sitze. Politische Erfahrung jedoch nahe Null! Aber in dieser Zeit wurde unter Personen und Institutionen Kooperationsbereitschaft groß geschrieben. Das führte Partner zusammen: Unabhängig davon, auf welcher Aktionsebene der Einzelne mit oder ohne Mandat agierte, empfand er Verpflichtung und Verantwortung für jeden in seiner Gemeinschaft. Da man aus aller Herren Bereiche kam, war für



Dr. Herbert Knoblich

die Gesamtheit Vielfalt in jeder Hinsicht garantiert!

In meinem unmittelbaren Tätigkeitsfeld denke ich dabei an den Vizepräsidenten Martin Habermann – Energetiker von Beruf –, der mir sowohl in den ersten beiden Wahlperioden als der Opposition zugehörig als auch in der dritten als Koalitionär immer ein aufrichtiger Partner war.

Ich denke an unseren ersten Direktor Dr. Biebusch – 40 Jahre Tätigkeit an der Bremischen Bürgerschaft –, dessen Erfahrungen niemandem im Hause – ganz gleich aus welcher Fraktion oder aus der Verwaltung – vorenthalten wurden. Als wir einen erfahrenen Haushaltsexperten für den Ausschuss brauchten, ordnete der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende des NRW-Landtages, Herr Linsen, ohne Zögern Herrn Gisy aus seiner Fraktion an uns ab. Bei der Leiterin des Präsidialbüros, des Protokolls und Referentin des Präsidenten, Frau Karin Mehnert – sie ist gelernte Lehrerin

für Englisch und Russisch –, musste ich mich – offensichtlich ob ihrer souveränen Erledigung aller anfallenden Aufgaben – sowohl seriösen als auch teilweise feindlich anmutenden Übernahmeabsichten aus dem Bereich von Wirtschaft und Verwaltung erwehren.

Aber ich denke weiter an den Wissenschaftsminister Dr. Enderlein, dessen Hochschulgesetz am 16. Mai 1991 in unserem panisch bezogenen Ausweichquartier – der ehemaligen Bezirkspartei-schule – einstimmig angenommen worden war. Und mir sind zwei Berliner Damen im Gedächtnis. Die damalige Wissenschaftssenatorin Prof. Barbara Riedmüller unterstützte uns bereits vor den Landtagswahlen bei der Konzipierung der Brandenburger Wissenschaftslandschaft, und mit der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin, die ich im Übrigen ungestraft „Hanna Granta“ nennen durfte, gab es in beiden Ländern eine Reihe gemeinsamer Veranstaltungen zur Fusion Brandenburg-Berlin, auf denen sie regelmäßig verkündete, man habe keine Schlacht des Roten gegen die Schwarze oder umgekehrt zu erwarten, denn es ginge bei der Fusion um eine gemeinsame, überparteiliche Aufgabe.

In Vertretung einer noch viel größeren Zahl sind wir allen für ihre einzigartige Bereitschaft zur Hergabe jeder denkbaren Leistung mit dem damit verbundenen Risiko zu tiefem Dank verpflichtet!

Noch einige Anmerkungen zu Besonderheiten unserer bewährten Landesverfassung aus parlamentarischer Sicht. Da findet man, dass der Opposi-

*„In Vertretung einer noch viel größeren Zahl sind wir allen für ihre einzigartige Bereitschaft zur Hergabe jeder denkbaren Leistung mit dem damit verbundenen Risiko zu tiefem Dank verpflichtet!“*

tion als „wesentlicher Bestandteil parlamentarischer Demokratie“ das „Recht auf Chancengleichheit“ gesichert würde, und ebenso, dass der Mandatsträger „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden“ sei und seine Entscheidungen ohne Fraktionszwang zu treffen hätte. In der ersten Stunde Brandenburger Parlamentstätigkeit bedeutete das Wettbewerb der Ideen, also Widerspruch in der Sache – nach Hegels Dialektik die stärkste Triebkraft jeder Progression.

So fanden Beschlussvorlagen der Landesregierung zuweilen Unterstützung bei der Opposition, während sie von Mitgliedern der Koalition abgelehnt wurden. Umgekehrt passierten meiner Erinnerung nach sogar Gesetzesvorlagen der Opposition den Landtag! Deshalb gehörten die Schriftführer zu meinen wichtigsten Partnern im Plenarsaal,

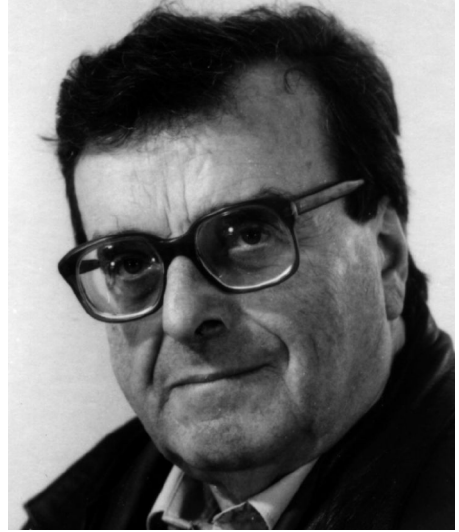
denn sie hielten als Zählkolonne das ziemlich unübersichtliche Stimmverhalten fest!

Beispiele dieser Art beschränkten sich allerdings auf die erste Wahlperiode, deren Eröffnung durch unseren ersten Alterspräsidenten Sie eingangs filmisch erleben durften. Der schreibt uns:

*„Liebe Freunde, ich grüße Euch vom Krankenbett. Es tut mir Leid, dass ich aus gesundheitlichen Gründen an unserer Veranstaltung nicht teilnehmen kann. Ich bin im Geiste dabei, zumal ich mit meinem politischen Wirken – zu meinem Glück – eine gewisse Zeit den Anfängen des Landes Brandenburg dienstlich sein konnte und dass ich in den Kommissionen tätig sein konnte, vor allem in der Kommission für eine neue Verfassung. Ich bin auf Umwegen Sozialdemokrat geworden, bin mit Stolz Sozialdemokrat und bleibe das!*

*Die Umstände waren so, dass ich erst – so merkwürdig das auch klingen mag – politische Haft unter W. Ulbricht für vier Jahre wegen sogenannter konterrevolutionärer Tätigkeit verbüßen musste, die in Wirklichkeit gerichtet war auf meine und meiner Freunde Bemühungen, den Sozialismus in der DDR sozialer, demokratischer und vor allem humaner zu gestalten, einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz, wie es von unseren tschechischen und polnischen Freunden zur gleichen Zeit betrieben wurde in den 1960er Jahren.*

*Wäre unsere Konzeption gelungen, hätte sich die Wiedervereinigung wahrscheinlich unter anderen Auspizien abspielen können. Aber so blieb die DDR*



Gustav Just

*bestehen. Ich wurde durch diese Haft zum überzeugten Sozialdemokraten. Ich hatte schon in der DDR-Zeit Kontakt mit Sozialdemokraten von der Ständigen Vertretung und konnte dann nach der Wende in der sozialdemokratischen Partei tätig werden.*

*Ich wünsche, dass Ihr immer die Anfänge im Blick behaltet, die darauf gerichtet waren, dass sowohl der König als auch der Abgeordnete letztlich nichts anderes ist als der erste Diener seines Volkes, so wie es schon der Alte Fritz gesagt hat. Bei allen Entscheidungen vergesst nie auf die Stimme des Volkes zu hören! Selbst wenn dies manchmal Euren politischen Intentionen widerspricht, gilt es zu überzeugen und nicht darüber hinweg zu schwadronieren!*

*Alles Gute vom Krankenbett  
Euer Gustav Just“*





# Matthias Platzeck

Ministerpräsident des Landes  
Brandenburg

**S**ehr geehrter Herr Landtagspräsident, lieber Gunter Fritsch, liebe Geburtstagsgäste, ich darf das mal in Summe sagen, aus Brandenburg, liebe Geburtstagsgäste aus der größten märkischen Stadt, aus Berlin, liebe Gäste aus anderen Gegenden dieses schönen Deutschlands, liebe Zuschauer des RBB!

Welche Überschrift, meine Damen und Herren, könnte man diesem Jubiläum geben? Wir haben im Film einen Wegbereiter der Friedlichen Revolution und den damaligen Landesbischof Gottfried Forck gehört. Das war 1990. Da hat er den ersten frei gewählten Brandenburger Abgeordneten „Vernunft“ gewünscht – „Vernunft, die von ... Liebe getauft ist“.

Ein sehr kraftvolles, passendes Bild, wie ich finde. Denn in der Politik braucht man immer beides: einerseits Vernunft, Gespür für das Notwendige, das Machbare. Gleichzeitig braucht man aber Liebe und Leidenschaft für die Sache, für das Land und die Menschen. „Vernunft und Liebe“ war deshalb ein guter Wunsch für das Jahr 1990. Und ich glaube, bei vielen Entscheidungen des



Matthias Platzeck

Brandenburger Landtages stand dieser Wunsch auch Pate.

Gunter Fritsch und Herbert Knoblich haben eben wichtige Stationen seit 1990 benannt. Sie haben beschrieben, wie aus dem Umbruch ein Aufbruch wurde, wie die Abgeordneten mit jedem Gesetzentwurf ein Stück Zukunft für Brandenburg bauen wollten, ob mit den genannten neuen Hochschulen oder der Überwindung alter, einfach nicht mehr handhabbarer Gemeindestrukturen.

Auch für mich – wir konnten es eben noch einmal sehr eindrucksvoll sehen – gehörte die Abstimmung über unsere Landesverfassung zu den bewegendsten Momenten in einer solchen Rückschau. Und wenn ich damals gesagt habe, diese Stiefel sollen ein halbes Leben tragen, dann kann man heute sagen: Diese Stiefel waren so gut, dass sie ein ganzes Leben halten werden!

Für die Verfassung und viele andere Entscheidungen kann man den Abgeordneten des Landtages – insbesondere denen der ersten, unheimlich arbeits-

reichen Legislaturperiode – nur danke sagen. Das will ich hiermit tun, und ich meine dabei die Abgeordneten und die vielen Menschen, die im Umfeld mitgearbeitet haben. Damals wurde Brandenburg strukturiert. Und es wurde gut strukturiert, meine Damen und Herren! Danke all denen, die daran beteiligt waren.

Und ich darf daran erinnern, dass eine Landtagsbilanz nicht nur aus dem besteht, was man zählen kann, Gesetze zum Beispiel. Denn im Parlament sitzen ja Menschen, streitbare wie umstrittene – diese Freiheit haben wir 1989 errungen. Und diese Menschen prägten in 20 Jahren nicht nur die Strukturen in unserem Lande, sondern auch die politische Kultur.

Da fallen einem natürlich die Männer der ersten Stunde ein: Herbert Knoblich, Manfred Stolpe, Michael Schumann. Weil heute keine Rednerin auf dieser Bühne steht, will ich ganz ausdrücklich sagen: Es gab selbstverständlich auch die Frauen der ersten Stunde! Drei Frauen aus drei verschiedenen Parteien möchte ich stellvertretend nennen.

Die erste – und nicht nur mir, sondern wohl vielen gedanklich immer noch sehr nah, wir konnten hier in diesem Saal sehr würdig ihren 60. Geburtstag gemeinsam begehen – ist Regine Hildebrandt. Sie war, wie viele Brandenburger Abgeordnete vor 1990, in einem ganz anderen Beruf tätig. Sie ging zu DDR-Zeiten nicht zur Parteischule, aber gern zum Kirchenchor. Sie wohnte jahrelang in Berlin in der Bernauer Straße mit direkter Aussicht auf die Mauer. Vielleicht

schärft ein solcher Wohnort den Blick, denn Regine Hildebrandt forderte später sehr oft und sehr eindrücklich, das Gute und das Sinnvolle von beiden Seiten dieser Mauer zusammenzuführen. Ihre Parlamentsreden, etwa für den Erhalt von Polikliniken, gehören zum Leidenschaftlichsten, was in Potsdam seit 1990 protokolliert wurde. Sie ist zur Botschafterin eines sozialen Brandenburgs geworden – weit über die Landesgrenzen hinaus. Und auch weit über die Grenzen ihrer Partei hinaus!

Zu ihren wichtigsten Mitsreiterinnen zählte beispielsweise Hannelore Birkholz, vor der Wende Kinderärztin in Finterwalde und von 1990 bis 2003 für die PDS im Landtag aktiv. Wer in den Erinnerungen von Frau Birkholz liest, wird feststellen, dass ihr Blick auf die DDR ein ganz anderer war als der von Regine Hildebrandt. Bei ihrer ersten Wahlkampfreise wurde sie sogar mit Eiern beworfen. Auch so etwas gab's in Brandenburg! Das gab es wirklich, ich habe da so ein paar Erinnerungen. Aber das ist heute nur noch eine Fußnote der Geschichte, denn als sich Hannelore Birkholz in den Ruhestand verabschiedete, war sie vor allem eines: eine hoch geschätzte Fachpolitikerin – über alle Parteigrenzen hinweg.

Mein drittes Beispiel für die Frauen der ersten Stunde soll Beate Blechinger sein – wir haben sie eben im Film gesehen –, weil ihr Weg in die Politik ein ganz anderer und doch auch wieder typisch für Brandenburg war. Frau Blechinger gehörte zu jenen, die den Sozialismus schon vor 1989 klar und offen kritisierten und deshalb auch Konsequenzen

tragen mussten. So ging die einstige Lehrerin, die ihren Beruf in der DDR nicht mehr ausüben durfte, im Wendejahr erst auf die Straße und dann direkt in die Landespolitik. Die CDU wurde ihre Partei und Bildung und Recht wurden ihre großen Themen. Anfang der 90er Jahre klang da zuweilen noch die Wut durch, Wut auf das „alte System“ und Unverständnis für die, die mit diesem System sympathisierten. In diesem Sommer ist ein Interview erschienen, ein Interview von Beate Blechinger, in dem sie auf ihre 20 Jahre in der Politik zurückblickt, Zitat:

„Ich habe auch die Erfahrung gemacht, dass man die Biografien der anderen nicht am eigenen Lebensweg messen kann.“\*

Diese Erfahrung, meine Damen und Herren, teilt sie wohl mit vielen Abgeordneten des Brandenburger Landtags, ob es um den Umgang mit ostdeutschen Biografien geht oder um das Aufeinandertreffen von Ost und West. Die Aufbauhelfer von damals sind in vielen Fällen längst echte Brandenburgerinnen und Brandenburger geworden. Die Vielfalt der Lebenswege gehört heute zum Alltag im Parlament. Inzwischen rückt schon eine Generation junger Abgeordneter nach, die die deutsch-deutsche Teilung kaum noch aus eigenen Erinnerungen kennt. Das verändert – keine Frage – die Debattenkultur und gibt beispielsweise der historischen Aufarbeitung noch einmal einen neuen Stel-

lenwert. Ich kann mich in diesem Punkt unserem Landtagspräsidenten nur anschließen: Es ist richtig, dass wir die Enquete-Kommission und es ist richtig, dass wir Ulrike Poppe als Beauftragte eingesetzt haben. Das gehört für mich zu den wirklich wichtigen Landtagsentscheidungen im Jahre 2010!

Meine Damen und Herren, genauso deutlich sage ich aber auch: Die nachrückende Generation erwartet von uns nicht nur die Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern vor allem klare Aussagen zur Zukunft ihres Landes, zur Zukunft von Brandenburg.

Zwei Jahrzehnte liegen hinter uns, was erwartet uns im dritten? Ich glaube, wir werden diese zehn Jahre noch brauchen, um da anzukommen, wo wir 1990 hinwollten: zu vergleichbaren Lebensverhältnissen in Ost und in West. Für die einen mögen nochmals zehn Jahre sehr lang klingen. Viele andere hier im Saal werden sich erinnern: Es gab Momente Anfang der 90er, da erschien uns ein solches Aufholen ja fast utopisch. Zehntausende haben ihre Arbeit verloren, mussten umlernen oder beruflich komplett neu anfangen. Viele nicht nur einmal. Das prägt. Das belastet. Aber das macht auch stark. Wir haben heute nicht nur eine komplett erneuerte Infrastruktur, schöne Städte und Dörfer, moderne Produktionsstandorte und erfolgreiche Forschungseinrichtungen. Nein, die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben auch ein neues Selbstbewusstsein!

Der nächste Film wird gleich noch einmal zeigen, wie dieses Selbstbewusstsein seit 1990 gewachsen ist: mit

\* Andrea von Gersdorff/Astrid Lorenz (2010): Neuanfang in Brandenburg, herausgegeben von der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, S. 16.

den Erfolgen im Land, aber auch mit den Rückschlägen, aus denen wir gelernt haben.

Diese Erfahrungen nehmen wir mit in die Zukunft! Auch in Zukunft setzen wir vor allem auf die Menschen im Lande, auf ihren Gestaltungswillen, ihre Fähigkeiten. Und genau deshalb steht für uns Bildung ganz oben auf der Prioritätenliste; denn das größte, das wirkliche Kapital Brandenburgs steckt in den Brandenburger Köpfen! Also müssen wir unsere Schulen, unsere Hochschulen, unsere Weiterbildungsangebote für Erwachsene, auch das tägliche Lernen im Alltag zur wichtigsten Aufgabe erklären, und zwar zur Daueraufgabe!

*„Auch in Zukunft setzen wir vor allem auf die Menschen im Lande, auf ihren Gestaltungswillen, ihre Fähigkeiten.“*

Liebe Brandenburger Abgeordnete, lassen Sie uns auch die nächsten 20 Jahre zu einer Zeit machen, in der wir Mut beweisen und Tatkraft; in der wir nach Rückschlägen nicht aufgeben – es wird auch künftig Rückschläge geben –, sondern nach besseren, nach neuen Wegen suchen. Und lassen Sie uns immer wieder mal an die Worte von Gottfried Forck erinnern: „Es geht um Ver-

nunft in der Sache und um Liebe zu unserem Land!“

Vielen Dank.

# Dr. Hans Otto Bräutigam

Minister der Justiz und für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg a. D.  
(1990 bis 1999)

**S**ehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
sehr geehrter Herr Präsident des Landesverfassungsgerichts,  
sehr geehrte Abgeordnete, liebe Kollegen,  
Freunde und Weggefährten!

Es ist mir eine große Freude, diesen runden Geburtstag des Landtags Brandenburg zusammen mit Ihnen begehen zu können. In der ersten Sitzung des Landtags am 26. Oktober 1990 war ich allerdings nicht anwesend. Es gab ja noch keine Landesregierung. Ich war zu dieser Zeit Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, der alten Bundesrepublik Deutschland, bei den Vereinten Nationen in New York und ahnte nicht, dass mir schon bald ganz neue Aufgaben gestellt werden würden. Die friedliche Revolution in der DDR, den Fall der Mauer und den darauf beginnenden Prozess der deutsch-deutschen Vereinigung hatte ich nur aus der Ferne mitverfolgen können. Ich war glücklich darüber, aber manchmal auch ein wenig traurig, dass ich nach zehn Jahren Tätigkeit in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR



Dr. Hans Otto Bräutigam

diese Ereignisse und die Auflehnung der Ostdeutschen nicht unmittelbar miterleben konnte.

Anfang November 1990 erreichte mich dann der Ruf des inzwischen gewählten Ministerpräsidenten Manfred Stolpe, in sein erstes Kabinett in Potsdam einzutreten. Dass ich diesen Weg gegangen bin, habe ich nie bereut.

Die ostdeutschen Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 waren die dritten freien Wahlen seit dem Umbruch in der DDR. Nach den tiefgreifenden Veränderungen seit dem Herbst 1989 waren die Wähler, so schien es mir, schon ein wenig ermattet. Die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen betrug in Brandenburg 67 %, deutlich weniger als bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990, an der sich 93 % beteiligt hatten. Doch verglichen mit den Landtagswahlen in den alten Bundesländern war das ein sehr ordentliches Ergebnis.

Die Abgeordneten des neuen Landtages kamen aus verschiedenen sozialen Schichten. Alle verfügten über eine

sehr gute fachliche Ausbildung. Viele hatte ein Hoch- oder Fachschulstudium absolviert. Der hohe Bildungsstand zeigte sich dann auch an dem Niveau der parlamentarischen Debatten. Es gab naturgemäß viele Kontroversen zwischen den fünf Fraktionen im Landtag, doch die Auseinandersetzungen waren in der Regel sachlich, ohne persönliche Anfeindungen und durchweg geprägt von dem Wunsch, sich zu verständigen. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten war im Landtag kaum noch ein Thema. Sie wurde von allen Fraktionen grundsätzlich akzeptiert, wie übrigens auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das seit dem 3. Oktober in den neuen Ländern galt. Viele Abgeordneten hätten es allerdings vorgezogen, wenn im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung eine neue gesamtdeutsche Verfassung, legitimiert durch Volksentscheide in beiden deutschen Staaten, in Kraft getreten wäre. Doch angesichts der wirtschaftlichen Notlage der DDR und der unsicheren politischen Verhältnisse in der Sowjetunion glaubte man, nicht genügend Zeit zu haben für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Und außerdem war in Westdeutschland die Neigung gering, das bewährte Grundgesetz durch eine neue Verfassung zu ersetzen.

Für die meisten Abgeordneten bedeutete die parlamentarische Arbeit im Landtag den Einstieg in eine politische Karriere. Viele hatten ihre ersten politischen Erfahrungen in der frei gewählten Volkskammer oder in den Kommunalparlamenten gemacht. In dieser Zeit

spielte die Parteiräson noch kaum eine Rolle. Die neuen Abgeordneten ließen sich von praktischer Vernunft und ihrem gesunden Menschenverstand leiten und wollten nach den Jahren der SED-Herrschaft etwas bewegen. Sie waren geprägt von dem Erlebnis der friedlichen Revolution und hatten ein starkes Freiheitsbewusstsein.

Nach den Landtagswahlen am 14. Oktober wurde in Brandenburg zum ersten Mal in der Bundesrepublik eine „Ampelkoalition“ gebildet, ein Bündnis aus SPD, FDP und dem Bündnis 90. Die politischen Ziele der drei Parteien waren weit gespannt. Doch was sie einte, war der politische Wille, in Brandenburg demokratische und rechtsstaatliche Strukturen aufzubauen und eine an sozialer Gerechtigkeit orientierte Marktwirtschaft in Gang zu bringen. Nicht selten bedurfte es großer Anstrengungen, in der Koalition einen gemeinsamen Nenner zu finden. Und manchmal dauerte es auch ziemlich lange, bis schließlich ein Konsens erreicht wurde. Dass es fast immer gelang, war nicht zuletzt den langjährigen Erfahrungen von Manfred Stolpe in der demokratisch strukturierten evangelischen Kirche in der DDR zu danken. Er leitete die Diskussionen der Koalitionspartner mit Ruhe und Übersicht und einer sagenhaften Geduld.

Ich habe die Arbeit in der Landesregierung in den wichtigen Aufbaujahren als eine sehr, sehr positive Erfahrung in Erinnerung behalten, wobei uns, was wir nicht vergessen sollten und schon einige Male erwähnt worden ist, die Aufbauhelfer aus dem Partnerland Nordrhein-Westfalen – einige kamen auch aus dem

*„Die neuen Abgeordneten ließen sich von praktischer Vernunft und ihrem gesunden Menschenverstand leiten und wollten nach den Jahren der SED-Herrschaft etwas bewegen.“*

Saarland – sehr wertvolle Dienste geleistet haben.

Als der neu gewählte Landtag am 26. Oktober 1990 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, gab es noch keine Landesverfassung. Da die Ausarbeitung einer neuen Verfassung Zeit brauchte, wurde zunächst ein vorläufiges Organisationsstatut beschlossen und kurz darauf ein außerparlamentarischer Verfassungsausschuss eingesetzt, der sich aus 15 Landtagsabgeordneten und 15 nicht-parlamentarischen Mitgliedern zusammensetzte. Zu den letzteren gehörte der frühere Bundesverfassungsrichter Simon und der Präsident des Berliner Verfassungsgerichts Finkenburg. Den Vorsitz übernahm der SPD-Landtagsabgeordnete Gustav Just – wir haben ihn ja eben schon gesehen und gehört. Schon nach kurzer Zeit leitete der Ausschuss dem Landtag einen ersten Entwurf für die

neue Verfassung zu. Er nahm bewusst Impulse der friedlichen Revolution in der DDR auf, insbesondere soziale Grundrechte, Staatsziele wie das Recht auf Wohnen, Arbeit und soziale Sicherung sowie plebiszitäre Elemente. Der sehr ambitionierte Entwurf löste heftige Auseinandersetzungen zwischen den Parteien aus. Auch die Bevölkerung hatte Gelegenheit, zu dem Entwurf, der veröffentlicht worden war, Stellung zu nehmen. Die Bevölkerung machte davon regen Gebrauch.

Der Landtag setzte dann einen rein parlamentarischen Verfassungsausschuss ein, in dem im Lichte der vorangegangenen Diskussion wesentliche Änderungen beschlossen wurden. Damit waren die Kontroversen jedoch keineswegs beendet. Vor allem in der CDU gab es weiterhin Bedenken, und der Landesvorstand der Partei forderte sogar die Landtagsfraktionen auf, den Entwurf abzulehnen. Doch eine ganze Reihe von CDU-Abgeordneten, unter ihnen der Fraktionsvorsitzende Peter-Michael Diestel und die Parlamentarische Geschäftsführerin Beate Blechinger, waren dazu nicht bereit. In der Schlussabstimmung im Plenum des Landtags wurde der mehrmals überarbeitete Entwurf schließlich mit großer Mehrheit angenommen. Auch ein Teil der CDU-Abgeordneten stimmte zu und verhalf so dem Entwurf zu der erforderlichen Mehrheit.

Der spannungsvolle Verlauf der Verfassungsdiskussion zeigte deutlich, dass die politischen Kräfte des Landes einigungs- und handlungsfähig waren. In der Volksabstimmung im Juni 1992, auch die ist bereits mehrfach erwähnt wor-

den, wurde der Verfassungsentwurf mit überwältigender Mehrheit angenommen. Allerdings beteiligte sich nur knapp die Hälfte der Stimmberechtigten an der Abstimmung. Die geringe Beteiligung hatte nach meinem Eindruck nur wenig mit dem Inhalt der Verfassung zu tun, die in der Bevölkerung eine breite Zustimmung fand. Es war wohl so, dass die Menschen inzwischen andere Sorgen hatten.

Wichtige Elemente der Landesverfassung sind der Grundrechtskatalog, der die im Grundgesetz der alten Bundesrepublik enthaltenen Grundrechte für das Land Brandenburg fortschreibt, ferner die Staatsziele, die der Bevölkerung das Gefühl vermitteln sollen, dass der Staat ihre existenziellen Lebensbedürfnisse ernst nimmt und die Politik verpflichtet ist, auf die Verwirklichung dieser Ziele auch gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag hinzuwirken. Damit werden Prioritäten der Landespolitik festgeschrieben.

Zu den Staatszielen gehört auch der Natur- und Umweltschutz. In geradezu feierlicher Form wird das Land Brandenburg verpflichtet, für den Schutz der Natur, der Umwelt und der gewachsenen Kulturlandschaft Sorge zu tragen. Mit dieser Zielsetzung werden dann wichtige Leitlinien für die Umweltpolitik formuliert, wie sparsame Nutzung der Energie, sparsame Verwendung der Rohstoffe, Prüfung der Umweltverträglichkeit bei allen öffentlichen und privaten Vorhaben. Das sind alles Themen, die nach wie vor von großer Aktualität sind.

Besondere Rechte wurden der sorbischen Minderheit in Brandenburg eingeräumt. Die Verfassung gewährleistet

den Sorben den Schutz ihres angestammten Siedlungsgebiets sowie die Erhaltung ihrer nationalen Identität und kulturellen Autonomie – eine beispielhafte Regelung, zumal es ja noch andere Minderheiten in der Bundesrepublik gibt. Auch für die ist das beispielhaft, was in der Brandenburger Landesverfassung formuliert worden ist.

Große Aufmerksamkeit widmet der Verfassungsgeber den Rechten der Bürger, sich außerhalb der Wahlen an der politischen Willensbildung zu beteiligen, und zwar durch Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid. Mit diesen Instrumenten einer direkten Demokratie soll die Politik veranlasst werden, legitime Bedürfnisse der Menschen nicht zu vernachlässigen. Die Quoren für diese Verfahren sind ziemlich niedrig, doch die Sorge, dass damit unsinnige Volksinitiativen ermutigt werden könnten, hat sich in den vergangenen Jahren, soweit ich das beurteilen kann, nicht bestätigt. Die Brandenburger haben von diesen Rechten der direkten Demokratie sparsam und mit Augenmaß Gebrauch gemacht.

Es ist seinerzeit kritisiert worden, dass die Landesverfassung den vom Grundgesetz für die Länder festgelegten Rahmen überschreite. Doch in Artikel 2 (5) der Landesverfassung heißt es ausdrücklich: „Die Bestimmungen des Grundgesetzes gehen denen der Landesverfassung vor“, zudem ist „die Gesetzgebung an das Bundesrecht gebunden...“. Die Landesverfassung steht demnach nicht im Widerspruch zum Grundgesetz, das den Ländern einen großen Gestaltungsspielraum gibt. Man könnte auch sagen, die Landesver-



# *„Die Brandenburger haben von diesen Rechten der direkten Demokratie sparsam und mit Augenmaß Gebrauch gemacht.“*

fassung schreibt die Grundrechte des Grundgesetzes fort, ohne ihren Wesensgehalt anzutasten. Und sie konkretisiert in den Staatszielbestimmungen das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes. Insgesamt entspricht die Verfassung den Grundbedürfnissen und Befindlichkeiten der Menschen in den ostdeutschen Bundesländern. Sie setzt, und ich zitiere: „Zeichen von Sensibilität, Toleranz und Solidarität“, wie es der damalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts Mahrenholz ausgedrückt hat.

Kein Thema, das in den Aufbaujahren im Landtag debattiert wurde, hat die Abgeordneten und große Teile der Bevölkerung mehr erregt als die Auseinandersetzungen über die DDR-Vergangenheit. Sie erreichten ihren Höhepunkt mit der Debatte über die Rolle von Ministerpräsident Manfred Stolpe in der DDR, der in den 1980er Jahren das Konsistorium der evangelische Kirche Berlin-Brandenburg leitete und in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR Kontakte zu staatlichen Stellen in der DDR und auch zur Staatssicherheit unterhalten hatte. Zur

Klärung der Vorwürfe, die gegen ihn erhoben wurden, setzte der Landtag 1992 einen Untersuchungsausschuss ein, der nach intensiver Arbeit durch eine Mehrheitsentscheidung den Ministerpräsidenten weitgehend entlastete. Aus den Landtagswahlen, die bald darauf folgten, ging die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Stolpe als klarer Sieger hervor. Die Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger sprach ihm damit das Vertrauen aus. Viele ehemalige DDR-Bürger hatten Verständnis für die Bemühungen Stolpes, in der DDR die Freiräume der Kirchen zu schützen und Menschen zu helfen, die unter den damaligen politischen Verhältnissen in Not geraten waren. Die Debatte im Landtag über den Bericht des Untersuchungsausschusses habe ich als denkwürdig empfunden. Sie hat einer demokratischen und rechtsstaatlichen Klärung dieses Falles den Weg bereitet.

Schon bald nach dem Inkrafttreten der Landesverfassung entwickelte sich eine Verfassungsdebatte ganz anderer Art. Gegenstand war die Frage eines Zusammenschlusses mit dem Land Berlin – auch das ist schon einige Male hier erwähnt worden –, dem Land Berlin, dem Brandenburg durch die geographische Nähe, seine Geschichte und viele gemeinsame Interessen eng verbunden ist. Die beiden Landesregierungen arbeiteten damals einen umfassenden Fusionsvertrag aus, dem beide Parlamente mit der erforderlichen Mehrheit zustimmten – übrigens auch heute noch ein interessantes und wichtiges Dokument. Die Ausarbeitung einer gemeinsamen Verfassung wurde allerdings zu-

rückgestellt, bis über die Fusion durch Volksabstimmungen in beiden Ländern endgültig entschieden sein würde. Diese fand dann erst 1996 statt und darin sprach sich die Mehrheit der Brandenburger gegen den Zusammenschluss mit Berlin aus. Sie wollte offensichtlich ihre mit der Vereinigung erreichte Eigenständigkeit nicht schon wieder aufgeben. Die Landesregierung hat sich damals nachdrücklich für den Zusammenschluss eingesetzt und auch in der gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern, die den Auftrag hatte, Vorschläge für eine Änderung des Grundgesetzes auszuarbeiten, hat sie eine Neugliederung des Bundesgebietes befürwortet. Auch dieser Versuch ist gescheitert, obwohl es für eine neue föderalistische Struktur der Bundesrepublik mit weniger, aber dafür größeren Ländern gute Gründe gab, die meines Erachtens weiterhin gültig sind.

Zu heftigen, auch sehr emotionalen Auseinandersetzungen kam es in den 90er Jahren zu dem Entwurf der Landesregierung für ein neues Schulgesetz. Es ging dabei um die Einführung eines neuen Unterrichtsfachs Lebensgestaltung, Ethik, Religion, dessen Abkürzung LER damals jeder Abgeordneter und viele Menschen im Lande verstanden. In diesem bekenntnisfreien Pflichtfach sollten allen Schülerinnen und Schülern grundlegende Kenntnisse über unsere Wertordnung, über Weltanschauungen und religiöse Orientierungen vermittelt werden. Zusätzlich sollte konfessioneller Religionsunterricht als freiwilliges Wahlfach in der Verantwortung der Kirchen angeboten werden, an dem sich Schü-

lerinnen und Schüler beteiligen konnten oder auch nicht.

Die beiden christlichen Kirchen haben darin eine schwerwiegende Schlechterstellung des Religionsunterrichts gesehen. Die evangelische Landeskirche sprach sich deshalb für einen Fächerverbund aus, bei dem die Schülerinnen und Schüler die Wahl haben zwischen der Teilnahme am bekenntnisfreien LER-Unterricht oder dem konfessionellen Religionsunterricht. Im Rückblick mag es manche verwundern, dass diese subtile Frage so heftige Reaktionen auslöste. Doch tatsächlich wurde hier ein wichtiger Aspekt unserer Wertordnung berührt. Sollte es bei der strikten Trennung von Staat und Kirchen bleiben, wie sie in der DDR gehandhabt worden war, oder sollte der Staat, wie in den meisten Ländern der alten Bundesrepublik üblich, Religionsunterricht in allen Schulen als ordentliches Lehrfach gewährleisten, wenn auch mit der Möglichkeit für die Schüler, sich abzumelden? Die Ampelkoalition setzte schließlich ihre Auffassung durch, das Schulgesetz mit dem Pflichtfach LER für alle Schüler und dem freiwilligen Religionsunterricht außerhalb der normalen Unterrichtszeit einzuführen.

Doch damit war der Streit nicht beendet. Die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages schaltete sich ein und leitete, unterstützt von den beiden christlichen Kirchen, ein Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ein. Das tat sich mit dieser Frage ziemlich schwer und brauchte fünf Jahre, um zu einer Entscheidung zu kommen, die dazu noch sehr ungewöhnlich war;

denn das höchste Gericht fasste keine bindende Entscheidung, sondern unterbreitete den am Streit Beteiligten nur einen Vergleichsvorschlag. Danach sollten die Kirchen das Recht erhalten, an den staatlichen Schulen konfessionellen Religionsunterricht in eigener Verantwortung und im Rahmen der normalen Schulzeit zu erteilen. Zugleich bestätigte das Gericht das Pflichtfach LER, allerdings mit der Maßgabe, dass Schüler von der Teilnahme befreit werden konnten, wenn die Eltern darauf bestanden, dass ihre Kinder wertorientierten Unterricht nur im Rahmen des konfessionellen Religionsunterrichts erhalten. Es sollte also eine Wahlmöglichkeit zwischen LER und konfessionellem Religionsunterricht geben, wie es die Kirchen gewünscht hatten, aber auch die Möglichkeit – und das ist besonders wichtig – an beiden Unterrichtsfächern teilzunehmen. Nach einer erneuten Debatte im Landtag entschied dieser sich dafür, dem Vorschlag des Bundesverfassungsgerichts zu folgen, und wie sich bald zeigen sollte, konnten alle Beteiligten damit gut leben.

Die Neuordnung des Landes Brandenburg wurde schon bald nach der Vereinigung durch eine dramatisch ansteigende Arbeitslosigkeit überschattet, auf die die Bevölkerung in keiner Weise vorbereitet war. Diese Arbeitslosigkeit war vor allem eine Folge der Privatisierung der in der DDR volkseigenen Industrie durch die Treuhandanstalt, die mit einem großen Verlust an Arbeitsplätzen verbunden war. Diese Entwicklung verstärkte die Abwanderung aus dem Osten – ein großer Substanzverlust für die östlichen

Länder – und verschärfte noch die mit dem Einigungsprozess einhergehende demografische Krise, die ich nach wie vor als tief bedrückend empfinde.

Im Bereich der Außenbeziehungen hat sich der Landtag Brandenburg vor allem mit dem nachbarschaftlichen Verhältnis zu Polen beschäftigt. Grundlage dafür ist die Landesverfassung, die die Zusammenarbeit mit den polnischen Nachbarn ausdrücklich hervorhebt. In den vergangenen Jahren ist hier eine insgesamt positive Entwicklung zu verzeichnen. Der umfangreiche Handelsaustausch ist für Polen wie für Brandenburg von großer Bedeutung. Es gibt regelmäßige Kontakte auf politischer Ebene, und in den Euro-Regionen arbeiten Kommunen und andere lokale Einrichtungen beider Seiten mit Unterstützung der Europäischen Union eng zusammen. Geradezu symbolisch ist der grenzüberschreitende Nationalpark Unteres Odertal, den Polen und Deutsche gemeinsam nutzen. Diese nachbarschaftliche Kooperation hat wesentlich dazu beigetragen, noch vorhandenes Misstrauen und Vorbehalte zwischen den beiden Nachbarn zu überwinden. Besondere Bedeutung kommt dabei der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder zu, wo viele polnische und auch andere osteuropäische Studenten immatrikuliert sind. Sie hat sich seit ihrer Gründung 1992 zu einer wichtigen Reformuniversität entwickelt, die auf die gesamte Region Mitteleuropa ausstrahlt. Von ihr gehen wichtige Impulse für die deutsch-polnische Verständigung, aber auch für die gesamteuropäische Integration aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir in diesem Jahr auf den Neuanfang in Brandenburg nach dem Ende der DDR zurückblicken, so meine ich sagen zu können: Trotz der großen Schwierigkeiten, mit denen wir konfrontiert waren, haben Landtag und Landesregierung eine erfolgreiche Arbeit geleistet. Sicher hat es dabei Rückschläge, auch Mängel und Fehler gegeben. Das wahr wohl unvermeidlich. Entscheidend aber ist: Wir haben heute in Brandenburg ein festgefügt demokratisches System und einen lebendigen Parlamentarismus. Wir haben einen Rechtsstaat mit einer unabhängigen Justiz und einer effektiven Verfassungsgerichtsbarkeit, denen die Menschen im Lande Vertrauen entgegenbringen. Und wir haben trotz aller noch vorhandener Defizite industrielle Schwerpunkte, die aus der Strukturkrise nach dem Umbruch gestärkt hervorgegangen sind und die sich weiter entwickeln. Ich denke, wir können mit dem, was in Brandenburg erreicht worden ist, zufrieden sein.

Erlauben Sie mir, zum Schluss zweier Persönlichkeiten zu gedenken, die viel zu früh von uns gegangen sind: Regine Hildebrandt und Michael Schumann, beide sind hier schon erwähnt worden. Aber auch ich möchte das tun. Sie haben, jeder auf seine Weise, den Neuanfang in Brandenburg mit geprägt. Regine Hildebrandt, Arbeits- und Sozialministerin im ersten und zweiten Kabinett Stolpe, hatte ein leidenschaftliches politisches Temperament und kämpfte unentwegt für neue Arbeitsplätze. Sie setzte sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein, für eine umfassende Kinderbetreuung, für die Betreuung

*„Wir haben heute in Brandenburg ein festgefügt demokratisches System und einen lebendigen Parlamentarismus.“*

von chronisch Kranken und auch für die Erhaltung der Polikliniken. Immer ging es ihr darum, den sozial Benachteiligten und Schwachen in unserer Gesellschaft zu helfen. Von ihr ging eine starke Ausstrahlung aus, auch heute noch wird sie überall im Lande verehrt.

Michael Schumann war von anderer Art, ein kritischer Marxist, der sich schon in den 1980er Jahren reformsozialistischen Vorstellungen angenähert hatte. Den Zusammenbruch der DDR hat er wohl persönlich als eine Tragödie erlebt. Doch nach dem Fall der Mauer akzeptierte er in demokratischer Verantwortung die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die von einer großen Mehrheit der Bevölkerung verlangt wurde. Im Landtag Brandenburg widmete er sich vor allem verfassungsrechtlichen Fragen und Problemen des Rechtsstaats. Als einem Sprecher der Opposition ging es ihm darum, die neue demokratische Ordnung mit Leben zu erfüllen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde und Weggefährten, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen noch ein schönes Geburtstagsfest.

Das Polizeiorchester des Landes Brandenburg gestaltete den Festakt musikalisch



Herausgeber: Landtag Brandenburg,  
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Fotos: Stefan Gloede

Satz und Druck: Druckerei Arnold, Großbeeren

Diese Publikation wird vom Landtag Brandenburg im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei. Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.





**Landtag Brandenburg**  
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam

Telefon 0331 966-0  
Fax 0331 966-1210  
post@landtag.brandenburg.de  
www.landtag.brandenburg.de